

die „Schweigenden“ auf Abgrenzung und *Kollision mit ihren Gegenspielern* ab. Gleich zu Beginn stellte Debray mit Blick auf das Gegenüber fest, „wir sind da, um die katholische Wahrheit, so wie wir sie empfangen haben, zu bekräftigen“. Er fühle sich einem „Lutheraner wie Cullmann näher als Besret oder dem Ex-Priester Barreau“, da „dieser wie ich an die Gottessohnschaft Christi glauben“. Er sei jederzeit zu einer „Konfrontation auf spiritueller und intellektueller Ebene“ mit Besret bereit. Cajetan habe ja schließlich auch vor dem Bruch mit Luther gesprochen. Ein diskret zustande gekommenes Gespräch zwischen beiden dauerte jedoch nur zwanzig Minuten. Auf direkte Kollision mit Besret abzielend sagte Debray, „im Bereich des Glaubens habe ich mit diesen Leuten [von Boquen] nichts gemeinsam. Wir haben nicht mehr den gleichen Gott. Die Kirche muß jetzt entscheiden . . ., wer heute noch Katholik“ sei. „Wenn Besret noch zur Kirche gehört, dann gehört Pierre Debray nicht mehr zu ihr.“

Diese thematischen *Schwerpunkte* bei den Schweigenden lagen auf den ekklesiologischen Aussagen des Zweiten Vatikanums, auf den Fragen des kirchlichen Lehramtes und dem Verhältnis von Glaube und Politik. Dabei scheint für viele von ihnen die Gehorsamspflicht gegenüber dem Lehramt offensichtlich ein besonderes Problem zu sein, da sie Schwierigkeiten haben, die liturgischen und katechetischen Reformen des französischen Episkopats anzuerkennen (vgl. auch HK, Dezember 1968, 558). In ihren Augen werden fundamentale Wahrheiten im neuen Katechismus verschwiegen oder in unakzeptabler Weise dargestellt. Von daher erklärt sich die Frage Debrays in seiner zusammenfassenden Schlußansprache, „müssen wir uns an die katechetischen Direktiven halten, die der Heilige Stuhl erlassen hat, oder an die Phantasien des nationalen katechetischen Zentrums?“

Für die Zukunft formulierte Debray *drei Schwerpunkte der Aktion*: 1. Bemühen um einen Dialog mit der Gemeinschaft von Boquen, um „sie vom Abgrund zurückzureißen“; 2. Bitte an die Bischöfe nach einem klaren Wort, da man „nicht mehr erkennen kann, wer zur Kirche gehört und warum man zu ihr gehört“ und 3. „Studium und Gebet“, „ohne die

wir nicht mit jenen sprechen können, die in der Finsternis des Irrtums befangen sind“. In einer Schlußerklärung an die Adresse der Bischöfe versicherten die Schweigenden ihnen ihre ungeschmälerte Gemeinschaft und Solidarität.

Gefahr der Zersplitterung

Beide Gruppen gingen auseinander, ohne daß ein Dialog stattfand. Ob er in Zukunft stattfinden wird, mag bezweifelt werden. Dafür haben die massiven Anschuldigungen Debrays kaum das geeignete Klima geschaffen. Eher dürfte sich die Konfrontation, die auch schon früher zu Störaktionen durch die gar nicht so schweigsamen Schweigenden bei Vortragsabenden ihrer Gegenspieler geführt haben, weitergehen. Ihre verbalen Ergebnisserklärungen an die Bischöfe dürfen nicht über die faktische Distanz, welche diese ihnen gegenüber einhalten, hinwegtäuschen. Von ihrem offensichtlichen Bemühen, das Konzil stärker für sich in Anspruch zu nehmen und sich damit eine stärkere Position aufzubauen, ist wohl kaum ein durchgreifender Wandel in der Bewegung zu erwarten. Durch die Aussagen der Charta von Heidelberg klingen dafür in der Sache wie in der Form zu apodiktisch. Es ist bezeichnend, daß die älteren Jahrgänge bei der Tagung wie in der Bewegung überhaupt überwiegen. Daß bei vielen eine echte Verunsicherung ihres Glaubens vorliegt, wird man wohl

nicht bestreiten können. Die inneren gegensätzlichen Tendenzen zwischen einem extremen und einem gemäßigten Flügel, die Debray zur Ankündigung seines Rücktritts für das nächste Jahr veranlaßt haben, schließen die Gefahr einer Aufsplitterung nicht aus. Den Bischöfen wird ihnen gegenüber ein höheres Maß an Geduld, Aufgeschlossenheit, aber auch festen Führungswillen abverlangt werden.

Auch die Gegenspieler der Traditionalisten, die „suchenden“ Basisgruppen, haben mit ihren inneren Spannungen fertig zu werden. Suchen und Fragen allein hilft nicht weiter, wie auch auf der Tagung bemerkt wurde; der Glaube kann nicht darauf reduziert werden. So wird auch bei ihnen der Scheidungsprozeß weitergehen. Das deuten auch schon die Aussagen über den „geduldigen Aufbau einer Untergrundkirche“, über die „Ameisenarbeit“ unter den Gläubigen an. Hinzu kommt die Gefahr, daß sich bei manchen das stark ideologieorientierte politische Engagement verselbstständigt, demgegenüber die Frage der Kirchlichkeit und auch die christologische Problematik in den Hintergrund tritt. Daß in beiden Fragen eine gemeinsame Basis gefunden wird, erscheint vorerst unwahrscheinlich. Die in beiden Gruppen sich abzeichnenden Tendenzen stellen die französischen Bischöfe vor eine schwierige Aufgabe. Ob es zu einem klärenden Wort, zu dem die Schweigenden sie drängen, kommen wird, wird von den Ereignissen selbst abhängen.

Union zwischen der Kirche von England und den Methodisten gescheitert

Fast ohne Anteilnahme der Öffentlichkeit hat am 3. Mai 1972 die Generalsynode der „Kirche von England“ dem stagnierenden Ökumenismus — der Kirchen wohlgemerkt — einen schweren Schlag versetzt. Der seit Jahren sorgfältig von theologischen Experten ausgehandelte, im ersten Anlauf am 8. Juli 1968 gescheiterte Unionsplan mit der Britischen Methodistenkonferenz erhielt statt der erforderlichen Mehrheit von 75 v. H. der Gesamtstimmen nur 65,2 v. H. (333 Ja bei 173 Nein). Das sind 4 v. H. weniger als 1968 und nicht mehr als bei der Probeabstimmung vom 13. Juli 1971 (HK, September

1971, 416; vgl. dort die Verweisungen auf die ganze Vorgeschichte). Bemerkenswert sind die Prozentunterschiede bei den verschiedenen Gruppen: von den 40 Bischöfen stimmten 34 dafür, also 85 v. H., bei den Pfarrer-Synodalen 152 mit Ja und 80 dagegen, also nur 65,5 v. H. dafür, bei den Laiensynodalen 147 mit Ja und 87 mit Nein, also nur 62,82 v. H. dafür (Church Times, 5. 5. 72). Schon eine Woche vorher wurde die kirchliche Öffentlichkeit auf das Scheitern der Union vorbereitet. Es hieß, „nur ein Wunder“ könne das Unionsschema noch retten. Wenn es ausbleibe, sei zwar die Vorlage tot und die Glaub-

würdigkeit der Kirche von England erschüttert, aber die Kirche als Leib Christi werde das Debakel überstehen. An der Basis werde man zusammenwachsen, wo immer das Leben es möglich mache (Church Times, 28. 4. 72; The Christian Century, 26. 4. 72).

Kenner der Lage — das wurde durch die kurze Debatte bestätigt — schreiben das Versagen der Kirche von England dem zu großen Vertrauen auf die Kunst des Pragmatismus und die Not der Kirchenfinanzen zu. Man habe es vernachlässigt, die Synodalen durch Theologen laufend unterrichten zu lassen, um den komplizierten Plan zu verstehen. Sodann sei die Gleichgültigkeit gegenüber jeder ökumenischen Verantwortung stark (die neulich auch in Frankreich festgestellt wurde: vgl. HK, Mai 1972, 221 ff.). Vor allem habe die „*unheilige Allianz zwischen Anglikanern und Evangelikalen*“ ein unüberwindliches Hindernis aufgerichtet. Die einen fürchteten für die Anerkennung der anglikanischen Weihen durch den Papst, wenn man die methodistischen Prediger ohne eigenes Credo in die „apostolische Sukzession“ aufnehme, wie im „Versöhnungsgottesdienst“ von Stadium I vorgesehen, und die anderen verabscheuten ein Erstarken der hierarchischen Struktur der anglikanischen Kirche, zumal nach den erfolgversprechenden Verhandlungen mit dem Einheitssekretariat des Vatikans (vgl. HK, Februar 1972, 59 f.).

Ist man am Ende der Kirchenunionen?

Diese wahrscheinlichen Gründe sind beachtenswert, weil sie in einem kirchengeschichtlichen Augenblick zum Zuge kommen, da das bilaterale interkonfessionale Gespräch auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Regionen bei einem fast vollständigen *Konsensus über die Eucharistie* angekommen ist und Aussicht besteht, über das kirchliche Amt wenigstens mit einem Teil der Anglikaner und der Reformationskirchen eine annähernde Klärung herbeizuführen, falls der Prozeß der Besinnung auch auf katholischer Seite weitergeht. Wegen dieser fast exemplarischen Aktualität ist es sinnvoll, auf diese Beendigung eines mit großen Hoffnungen begleiteten Unionsplanes näher einzugehen. Wenig verwundert es, daß der Erzbischof von

Canterbury, *M. A. Ramsey*, der die Anglican Communion für die Mitte einer ökumenischen Sammlung ansah, die Abstimmung fassungslos entgegennahm. Mit Grund, denn wie will er nun die Reform der Kirche von England durch ihre Lösung aus der Bevormundung durch das Unterhaus bewerkstelligen? Seit Jahr und Tag wird ihm vorgehalten, eine Staatskirche könne nicht mit Erfolg ökumenische Führung leisten. Damit ist es nun vorbei. Auch das Telegramm der Hoffnung von Kardinal *Heenan*, das Ramsey als Beweis der Zustimmung Roms zum Unionswerk vorwies, half nichts.

Der Vorgang beweist nun wohl endgültig, wie schon seit längerem erkennbar, daß „*Kirchen*“ nicht von *Theologenkommisionen* „gemacht“ werden können, besonders dann nicht, wenn entgegengesetzte „Traditionen“ zu verschmelzen sind. Es gelang wohl auf dem Missionsfelde, 1947 das Muster ökumenischer Unionen, die „Kirche von Südindien“, zu begründen, in der sich Presbyterianer und Methodisten dem anglikanischen Episkopat unterstellten (nicht die Lutheraner). Eine ähnliche Gründung, die Kirche von Lanka bzw. Nordindien und von Pakistan, zu der auch Lutheraner gehören, fand am 3. Mai sogar die Anerkennung der Generalsynode von Westminster. Aber die angestrebte Beendigung der Trennung der Christen in England, die als Skandal empfunden wird, zumal da sie in die ganze Welt exportiert worden ist, bleibt vorerst am Leben. „Die größte Tragödie in der Geschichte der modernen Kirche“ nannte der Generalsekretär der Methodistenkonferenz, die 1970/80 v. H. der Stimmen aufgebracht hatte, *K. Greet* das Abstimmungsergebnis (epd, 5. 5. 72). Er meinte — wie Erzbischof Ramsey —, man dürfe das Ziel nicht aufgeben, wenn es jetzt auch auf anderem Wege, *von der Basis her* angegangen werden müsse.

Dennoch ökumenischer Durchbruch?

Nicht zu übersehen ist, daß selbst bei ausreichender Dreiviertel-Mehrheit es zumindest in der Kirche von England eine starke Abspaltung gegeben hätte. Auch jetzt nach der schweren Enttäuschung wird ein anderer Unionsplan, der dieses Jahr zwischen Presbyterianern und Kongregatio-

nalisten zur Aussprache kommt, viele Methodisten und Evangelikale der Kirche von England an sich ziehen. Der Sprecher der kommenden „Church Union“, Generalsekretär Rev. *Carter*, sagte, das Unionschema sei nicht von einem kirchlichen Gemeinsinn erfüllt und gleiche einer Dampfmaschine ohne Dampf. Sein Ausfall werde noch mehr Bitterkeit hervorrufen als die Kontroverse um seine Einführung: „Die christliche Brüderlichkeit hat es zerstört.“

Ergiebiger sind die Begründungen für die Ablehnung, die Bischof *J. Moorman*, Sprecher der anglikanischen Opposition, vor der Abstimmung gab — übrigens ein Vorkämpfer für die Union mit Rom. Er stellte fest, daß sich die Lage seit der Probeabstimmung letzten Jahres durch drei Faktoren verändert habe: 1. Der von der Generalsynode angenommene neue Canon B 15 A habe zu spät mit den nichtbischöflichen Kirchen in Großbritannien eine neue Beziehung hergestellt. Das hätte man vor Jahren tun sollen. — 2. Jetzt liege das Einvernehmen über die *Eucharistische Lehre* mit der römisch-katholischen Kirche vor. Moorman hatte es, offensichtlich zur Abwehr des Unionschemas mit den Methodisten, ohne Einvernehmen mit Rom Ende 1971 in „Church Times“ veröffentlicht: „Es ist eines jener Ereignisse, die die Zukunft der theologischen Entwicklung bestimmen müssen . . . und es ist ein ökumenischer Durchbruch. Es verändert den ganzen ökumenischen Fahrplan und wird der Grundstein eines neuen Gebildes sein.“ Das wäre allerdings eine triftige Begründung, denn gerade die Lehre von der Eucharistie war im Unionschema über den Daumen gepeilt. — 3. Schließlich wies Moorman darauf hin, daß die Abneigung bei den Laien stärker sei als bei den Bischöfen.

Nicht weniger ernst zu nehmen ist aber die Stimme von *O. Tomkins*, einst der führende Mann von „Faith and Order“, jetzt Bischof von Ripon. Er spiegelt den Eindruck wider, den man auch in Genf haben dürfte. Eine Ablehnung, so argumentierte er für die engagierte Minderheit der ökumenisch gesinnten Christen, sei *eine Tragödie* und werde das Herz vieler Gläubiger erschüttern. „In dieser nicht annehmbaren getrennten Kirche ist es die Pflicht der Generalsynode, die Führung zu übernehmen.“ Andernfalls hoffe er, daß das Leiden die

Augen für einen neuen Weg öffnen werde. Tomkins ist wie Erzbischof Ramsey ein Mann unbestrittener Autorität. An dem geringen Echo, das er erfuhr, kann man ablesen, daß die ökumenische Bewegung versandet. Nach der Abstimmung gab auch der

Erzbischof von Canterbury zu, nun beginne eine *neue Phase von Struktur-Schemata* zwischen den Kirchen. Er entschied sich aber noch nicht für den unteren Weg, an der Basis Gemeinde auf Gemeinde zusammenzuwachsen zu lassen.

schritt der Nation sei christliches Gebot, dies heiße jedoch nicht, daß das spezifisch Christliche an diesem Auftrag gezeugnet oder gar ausgelöscht werden dürfe. Die Regierung Zaires sah darin einen unangemessenen Machtanspruch der katholischen Kirche in der Gestalt des Erzbischofs von Kinshasa, die den Einfluß des Staates zu verdrängen suche.

Versöhnung zwischen Staat und Kirche im Kongo?

Im Konflikt Kirche—Regierung in Zaire (Kongo), über dessen Entstehung die Herder-Korrespondenz bereits in ihrer Märzausgabe berichtete (HK, März 1972, 114—116), gibt es inzwischen einige neue beachtliche Aspekte. Die beiden Kontrahenten in diesem Streit, Staatspräsident *Mobutu* und der Erzbischof von Kinshasa, Kardinal *Malula*, haben je in längeren Interviews ihre persönlichen Standpunkte in der Auseinandersetzung um wahre und falsche Afrikanisierungsversuche in ihrem Lande dargelegt.

Der Kardinal nimmt Stellung

Malula, der sich seit dem 11. Februar 1972 in Rom aufhält und dessen Rückkehr nach Zaire nun von Mobutu zugesagt wurde, hatte bereits am 2. März 1972 sein Schweigen zu den Vorgängen gebrochen und einige der von Mobutu gegen ihn erhobenen Anklagen richtiggestellt (in: *La Documentation Catholique*, 16. 4. 72). Kardinal Malula stellte in diesem Interview zunächst fest, daß man nicht von einem Konflikt im strengen Sinn des Wortes zwischen Kirche und Staat in Zaire sprechen könne, da die Feindseligkeiten der einen Seite nicht mit gleicher Münze von der anderen Seite, nämlich der Kirche, zurückgezahlt würden. Ebenso sei es unzulässig, das gestörte Verhältnis zwischen Kirche und Staat in seinem Lande auf eine rein private Angelegenheit zwischen zwei Individuen, Mobutu und ihn selber, reduzieren zu wollen. Als ranghöchster Kirchenführer in Zaire verkörpere er in gewisser Weise die katholische Kirche in diesem Lande. Man könne nicht zwischen dem zairischen Bürger Malula und dem Erzbischof Malula einen Unterschied machen, wie es Mobutu getan hatte, um ihn in seiner Eigenschaft als Kirchenführer angreifen zu können, der nicht

mit der jetzigen Regierung zusammenarbeiten wolle. Malula legte Wert auf die Feststellung, daß er immer bemüht war, die katholische Kirche in seinem Land nicht vom Staatsapparat aufsaugen zu lassen, in dem sie den Vorstellungen der Herrschenden zufolge nur noch eine politische Mission hätte und dadurch gezwungen werden könnte, ihren eigentlichen Auftrag zu verraten. Außer diesem Bekenntnis zur Eigenart und Sendung der Kirche, die sich von anderen staatlichen Institutionen immer unterscheiden wird, stellte damals Malula klar, daß er nicht der Verfasser des Artikels gewesen sei, in dem es um das *Verbot christlicher Taufnamen* von seiten der Regierung und die Frage der afrikanischen Authentizität ging (in: *Afrique Chrétienne*, 12. Januar 1972). Dieser ihm zugeschriebene Artikel hatte bekanntlich seine Ausweisung aus seiner Residenz in Kinshasa zur Folge. Malula gab zu bedenken, daß es immerhin der zairische Rundfunk war, der in einem Editorial vom 16. Januar 1972 aus diesem umstrittenen Artikel zitierte und ihn sogar eine interessante Reflexion nannte. Diese Tatsache ist bedeutsam im Hinblick auf die Reise Mobutus in die Schweiz, die er erst nach Erscheinen beider Beiträge angetreten hatte. Nach seiner Rückkehr beschuldigte er jedoch den Kardinal, seine Abwesenheit ausgenutzt zu haben, um in Zaire subversiv tätig zu werden. Ebenfalls als subversiv bezeichnete Mobutu auf einer Versammlung, die er am 13. Februar 1972 im Stadion des 20. Mai abhielt, einen Pastoralbrief Malulas. In diesem Hirtenschreiben, das am 16. Januar 1972 in allen Kirchen seiner Diözese verlesen wurde, hatte Malula die Gläubigen aufgefordert, die Grenzen zwischen dem, „was des Kaisers ist und dem was Gottes ist“ nicht zu verwischen. Der Einsatz eines jeden Katholiken für den Fort-

Resonanz in Afrika

Interessanterweise berief sich auch Präsident Mobutu in seinem Interview, das er „Jeune Afrique“ (6. 5. 72) gewährte, auf den vorher genannten Bibelvers mit dem Zusatz, daß die Kirche in weltlichen Angelegenheiten keine Sonderrechte in Anspruch nehmen könne, sondern sich entschlossener als bisher in die Dienste des „Kaisers“ begeben müsse. Mobutu betonte in diesem Interview noch einmal, daß es sich bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen ihm und „einigen“ Kirchenmännern keineswegs um eine antireligiöse Kampagne handle. Schließlich sei er selber gläubig wie der größte Teil der Einwohner Zaires. Aber ein Staat, der seine eigene Identität finden wolle, müsse alle diejenigen Kräfte ausschalten, die den nationalen Interessen im Wege stehen. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich bei den Opponierenden um Freunde oder Leute, deren Bindung an den Stamm stärker ist als an den Staat, oder ob es sich wie in diesem Falle um die Kirche handelt.

Um allen unafrikanischen Einfluß von seinem Land fernzuhalten, ist die Republik Zaire inzwischen (19. April 1972) aus der Organisation Afrikanischer Staaten (OAU oder OCAM) ausgetreten, da in diese Organisationen nach Mobutus Auffassung der westliche bzw. weiße Einfluß zu stark ist und einer ganzen Reihe schwarzafrikanischer Staatschefs die Zustände in den von Weißen beherrschten Territorien Afrikas gleichgültig sind.

Mobutu erhielt für seinen *Austritt aus der OAU* und für seine Äußerung, daß ein moderner Staat nur ein „laizistischer“ Staat sein könne — eine Bemerkung, die sein Verhältnis zur katholischen Kirche mit ihrem „überweltlichen“ Anspruch an die Katholiken Zaires wohl am besten kennzeichnet — großen Beifall von seinem Regierungskollegen *Sekou*